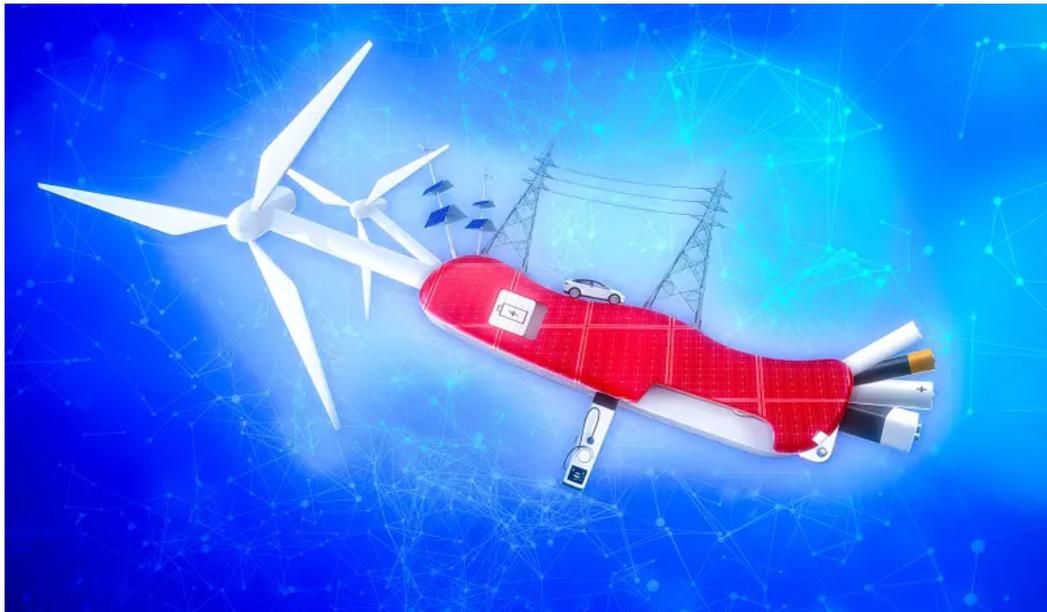




Gastbeitrag von Lamia Messari-Becker

Die Energiewende braucht ein Korrektiv

Zuletzt aktualisiert am 23.05.2023 14:16 Uhr



Lamia Messari-Becker

Pioneer Expert, Bauingenieurin

Die Bundesregierung fokussiert sich bei der Energiewende auf den Strom. Damit gefährdet sie jedoch den Sozialstaat, den Klein- und Mittelstand und insbesondere den Klimaschutz selbst.

Ohne Korrekturen gefährdet die jetzige Energie- und Klimapolitik den Sozialstaat, den Klein- und Mittelstand und insbesondere den Klimaschutz selbst.

Ziel der Koalition war es doch, Wertschöpfungsketten grüner Technologien zu entfesseln und Klimaschutz in die Breite der Gesellschaft zu bringen. Doch anstatt die Breite aller erneuerbarer Energien und Technologien zu nutzen, werden grundlastfähige erneuerbare Energien behindert und eine stromfokussierte Energiewende verfolgt, die alle Bereiche elektrifizieren soll und dieser Logik folgend strombasierte Lösungen wie Wärmepumpen forciert.

Die Folge? Auch ohne kriegsbedingte Energiekrise laufen wir sehenden Auges in eine hausgemachte Verknappung und

Verteuerung – ohne Not und getrieben von falschen Einschätzungen.

Als Lösungen werden mehr Ordnungsrecht, Abschaltung strom-basierter Verbrauchereinrichtungen, ineffiziente Subventionen, Verzicht und Verbot propagiert.

Die Energiepolitik verfolgt die falsche Strategie und fokussiert nur auf Strom und zwar überwiegend aus Wind und Sonne und das weitgehend ohne Speicherkapazitäten. Zudem sollen alle Sektoren (Gebäude, Verkehr, Industrie) miteinander verbunden und mit Strom versorgt werden. Dieser Logik folgend werden strombasierte Technologien wie E-Wärmepumpe und E-Autos forciert und anderes verhindert.

Die Vernetzung der Sektoren ist sinnvoll, um effiziente Energieinfrastrukturen zu schaffen. Das heißt jedoch nicht, dass nur Strom im Mittelpunkt steht und auch nicht, dass Strom alle Bereiche übernehmen kann.

Genau das verfolgt das BMWK und erklärt hier den Strom für das Mittel der Wahl um „Wärme, Kälte und Antriebsenergie zu erzeugen“.

Bei dieser Strategie wundert es nicht, dass eine Wärmewende verschlafen wurde und es kein Programm gab, erneuerbare Wärme, etwa direkt über Geothermie zu gewinnen. Zur Einordnung einige Zahlen und Fakten: Der Endenergiebedarf Deutschlands beträgt 2.407 TWh (AG Energiebilanzen des Bundestages 2021), davon nur 20 Prozent Strom, der Rest Wärme und Treibstoffe.

Diese Energieformen werden unterschiedlich eingesetzt: Strom überall, Wärme als Raumwärme für Gebäude und Prozesswärme für Industrie; Treibstoffe im Verkehr und in der Landwirtschaft.

Zukünftig soll, wenn es nach dem BMWK geht, alles per Strom versorgt werden. Natürlich können Teile der Industrie mit Strom produzieren, Haushalte mit Strom heizen, Autos mit Strom fahren, aber die erzeugbaren Strommengen werden nicht reichen, um alle damit zu versorgen. Vielfach höher müsste die Stromerzeugung sein und jederzeit liefern können. Das erfordert einen massiven Ausbau der elektrischen Versorgungsstruktur und Speicherkapazitäten!

Allein die Chemieindustrie deklariert für sich rund 600 Terawattstunden für 2050 (11-fach höher als heute), um klimaneutral zu werden. Das ist mehr als der deutsche Strombedarf zurzeit (ca. 500 TWh in 2021).

Um ein Gefühl für die Größenordnung zu bekommen: Deutschland hat im Jahr 2021 circa 205 TWh Öko-Strom erzeugt. Und wenn die

Haushalte, die einen Drittel des Energiebedarfs verantworten und zu 75 Prozent fossil heizen (2021) auf Strom umsteigen, steigt der Strombedarf massiv, selbst wenn Wärmepumpen effizienter sind.

Da die gesicherte (nicht die installierte) Leistung von Wind und PV-Anlagen null beträgt, sind enorme Speicherkapazitäten und H₂-Infrastruktur nötig – ohne internationale Kooperationen keine Chance.



Agri-Pv-Anlage in Frankreich. © imago

Nach 23 Jahren Erneuerbare-Energien-Gesetz sind die Defizite der Energiewende offensichtlich: Strom ist zwar zu 40 Prozent erneuerbar, aber Wärme nur zu circa 16 und Verkehr sogar nur zu 7 Prozent (2021).

Sicher kann der Energiebedarf sinken, etwa Effizienztechnologien, Digitalisierung, Kraftwärmekopplung etc.

Es dürfte klar sein: Die „alles per Strom“-Strategie ist gefährliches Wunschdenken.

Die Energiewende gehört diversifiziert.

Zu Wind- und Sonnenkraft müssen weitere erneuerbare Quellen kommen, etwa Solarthermie, Geothermie und Bioenergie.

Unabdingbar sind Speicherkapazitäten, um die Dunkelflaute zu überbrücken sowie grundlastfähige Energiequellen. Dass man in Kenntnis dieser Zusammenhänge grundlastfähige Quellen wie Geothermie oder Bioenergie bisher so stiefmütterlich behandelt, ist in einer von Energie abhängigen Industrienation schwer

nachvollziehbar. Geothermie kann bis 25 Prozent des Endenergiebedarfs decken.

Die Hoffnung ruht auf Bundeskanzler Scholz, der nun stärker auf Geothermie setzen will, so seine Ankündigung.



Ein Geothermieprojekt in Deutschland. © dpa

Derweil sind andere propagierte Lösungen wenig verantwortungsvoll.

Abschaltung von E-Wärmepumpen und E-Ladestationen: Dass der Gesetzgeber die selbst verursachte Energieknappheit kennt, zeigt ein Blick in den Förderkriterien von Wärmepumpen. Diese werden nur dann gefördert, wenn sie über eine Schnittstelle verfügen, womit sie ferngesteuert vom Stromnetz abgekoppelt werden können. Das ist zwar schon heute der Fall.

Allerdings beträgt der Wärmepumpenanteil im Bestand heute auch nur 3 Prozent. Bei künftigen 30 Prozent oder mehr wären die Folgen völlig andere, sollte der Netzausbau stocken oder das Netz überlastet sein.

Dass Unternehmen Wärmepumpen wegen schwachen Stromnetzes nicht betreiben konnten, ist ein Vorgeschmack. Ähnliches droht bei E-Ladestationen.

Kurzum: Der Gesetzgeber forciert elektrische Wärmepumpen und Elektro-Autos und versucht zeitgleich gesetzlich festzuschreiben, dass eben die selbigen ferngesteuert vom Netz abgekoppelt werden dürfen – getrieben von der selbst verursachten Verknappung!

Das verschleiert das Problem, behebt es aber nicht.

Eine Diversifizierung der Energiewende tut dies schon und sollte die Basis für klimafreundliche Alternativen bilden, ob bei der Heiz- oder Mobilitätswende.

Solardächer – aber dann eher Einspeisung als Eigennutzung?

Eine weitere propagierte „Lösung“ ist die Solardach-Pflicht für Bürger. Das Umweltbundesamt empfiehlt dabei, anstatt der Eigennutzung des erzeugten PV-Stroms eher seine Einspeisung ins Netz in den Vordergrund zu stellen. Das ist sozial und energiepolitisch fragwürdig.

Die Einspeisevergütung beträgt teils nur ca. 8,2 Cent/kWh, der Einkaufspreis aber im Mittel 32,4 Cent/kWh (Verivox, 10.05.23, Neukundentarif).

Man verknappt das Energieangebot und Bürger sollen die Energieversorgung mit sichern und dabei noch drauf zahlen. Auch wirtschaftspolitisch wäre es unklug, wenn der Anteil der Haushalte-PV-Strom eine unverzichtbare Säule wird.

Was passiert, wenn nicht alle Strom erzeugen können?

Wie will man Erneuerungszyklen und Effizienz der Anlagen kontrollieren?

Und ist das mit Eigentumsschutz vereinbar?

Nein.

Versorgungssicherheit einer Industrienation sieht anders aus, eine bürgernahe Energiewende auch.

Die Transformation muss vorbereitet sein: Die monotecnologische Energie- und Klimapolitik zeigt bereits Folgen. Es war klar, dass das klein- bis mittelständige „Heizung Sanitär Klima“-Gewerbe die Millionen Wärmepumpen nicht wie gewünscht liefern können.

Problemlos können die Hersteller aus dem Ausland. Ein Déjà-vu.

Wir erinnern uns: Das Abwandern der PV- und Windrotoren-Industrie. Unternehmen tun sich immer schwerer mit dem Standort Deutschland.

Günstige Energie macht Südeuropa für sie attraktiver. Der Fall *Viessmann* ist nicht schönzureden. Ziel der Wirtschaftspolitik muss sein, Jobs der Energiewende und des Klimaschutzes hier zu schaffen und hier zu halten.

Auch das Schwinden der Akzeptanz gegenüber Klimaschutz hat seine Gründe weniger im Gebäudeenergiegesetz (GEG) an sich.

Sondern darin, dass Menschen dadurch in eine einzige feste Richtung gedrückt werden – gehindert daran, Sinnvolles zu tun. Das ist nicht im Sinne einer freiheitlichen Grundordnung und des Vertrauensvorschlusses durch die Bundestagswahl.

Wie kann die Heizwende gelingen? Es braucht mehrere Optionen und wenige Verbote.

Denn unsere Gebäude haben je nach Alter unterschiedliche energetische Qualitäten, technische und regionale Voraussetzungen.

Es gibt daher nicht die eine Lösung, die für alle gut funktioniert. Für die einen ist es die Wärmepumpe, für andere Fernwärme, Biogas, zukünftig wasserstofffähige Heizungen, die nicht einmal die Stromnetze überlasten.

Das GEG ist nach viel Kritik nun an der Oberfläche technologieneutral.



Besuch bei Viessmann: Bundeskanzler Olaf Scholz schraubt unter Anleitung einer Viessmann-Mitarbeiterin die letzte Schraube in eine Wärmepumpe. © dpa

Immerhin ein Anfang.

Nun gehören die Optionen praxistauglich umgesetzt.

Individuelle Lösungen am Einzelgebäude sind oft unbezahlbar. Im größeren „Quartier“ gelingen Projekte sozialverträglicher, umwelt- und kosteneffizienter, Stichworte serielles Sanieren, Blockheizkraftwerke, Energieversorgung, digitalisierte Vernetzung. Quartiere sind Einzelgebäudebetrachtungen weit überlegen.

Notwendig ist „Parallelität der Initiativen“, etwa GEG und kommunale Wärmepläne und Quartiersansätze.

Kurzum: Das Zulassen von Handlungsoptionen ist nicht nur ein Gebot der ökologischen Notwendigkeit und der ökonomischen Vernunft, sondern auch ein Gebot der sozialen Verantwortung.

Und mit der Sicherung gesellschaftlicher Akzeptanz sichert man auch den langfristigen Erfolg! Deutschland ist ein Sozialstaat und die viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, mit nur 83 Millionen Menschen, ohne nennenswerte Rohstoffe, aber mit klugen Köpfen.

Was wir brauchen, ist: Energiewende und Klimaschutz für die Breite der Gesellschaft, die die Energiewende und Klimaschutzmaßnahmen zahlt.

Das ist die Eintrittskarte für Höheres.

Aber noch agiert man zu sehr nach dem Motto:

”

Mögen hätte ich schon wollen, aber dürfen habe ich mich nicht getraut.“